

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 680

Mittwoch, 15. Mai 2019

26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Der Gemeindeführer Abelino Chub wird vom Vorwurf der Landbesetzung freigesprochen.....	1
Eine Richterin, deren Mann wegen Ermittlungen von CICIG und Aldana in U-Haft sitzt, wird über die Präsidentschaftskandidatur von Thelma Aldana entscheiden.....	3
Absurde Justiz: elPeriódico darf nicht mehr über Sandra Torres berichten.....	4
Die Allianz für Reformen fordert die TSE auf, 17 KandidatInnen auszuschliessen.....	5
Überfall auf PolitikerInnen in San Andrés, Petén: ein Toter, zwei Verletzte.....	5
Tragödie im Petén: Bewaffneter Angriff auf eine Schulfeier fordert sechs Tote.....	5
Eine Meuterei auf der Rehabilitationsfarm Pavón forderte sieben Tote und 19 Verletzte.....	6

Editorial

Die Wahlen in Guatemala rücken immer näher: Bis zum 20. Mai steht fest, wer denn endgültig auf den Wahllisten zu finden sein wird. Das Schachern geht weiter, Personen mit Ermittlungsverfahren werden eingeschrieben, andere nicht. Heute aber wird es um den Freispruch gegen den indigenen Aktivist Abelino Chub Caal gehen. Er war 2 Jahre lang in U-Haft und weder Staatsanwaltschaft noch der Anwalt eines Bergbauunternehmens konnten irgendwelche Beweise für die Anschuldigungen anführen. Es hängt auch hier an der Unabhängigkeit und dem rechtsstaatlichen Empfinden der JustizakteurInnen, ob jemand angeklagt oder verurteilt wird oder nicht.

Ansonsten ist dieses Heft voll von „Petitessen“ aus dem politischen Leben Guatemalas. Inklusive eines mörderischen Überfalls auf eine Schule und eines Mordanschlags auf einen Kandidaten und einen Bürgermeister, beides im Petén.

Der Gemeindeführer Abelino Chub wird vom Vorwurf der Landbesetzung freigesprochen

Guatemala, 26. April - Abelino Chub Caal wartete über zwei Jahre im Untersuchungsgefängnis der hauptstädtischen Zone 18 darauf, dass der Prozess gegen ihn eröffnet wird. Nun wurde der indigene Aktivist von allen Vorwürfen freigesprochen.

Das Gericht A unter Richterin Yassmin Barrios erklärte Abelino Chub Caal in allen Anklagepunkten für unschuldig. Für sie gebe es keinerlei Beweise für die Annahme, er habe eine Finca gewaltsam besetzt und Afrikanische Palmen in Brand gesetzt, oder dass er Mitglied einer kriminellen Bande sei. „Hier wurde das Strafrecht dazu missbraucht, um das Engagement des Beklagten zu kriminalisieren“, sagte der Richter Hervi Sical, der das Urteil verlas. Das Gericht ordnete an, dass die Staatsanwaltschaft (MP) die Unregelmäßigkeiten in der Beweisführung, die Berichte der öffentlichen Medien nahelegen, untersuchen. Am Ende des Prozesses sagte der Gemeindeführer, Abelino Chub, dass er sich nicht nur diesem Gerichtsprozess gegenüber ausgesetzt sah, sondern auch einer „Gruppe der mächtigsten AkteurInnen in der Umgebung von El Estor, Izabal“. Chub war 812 Tage in U-Haft. Der Anwalt der Unternehmen, die ihn anzeigten, Carlos Ovalle, erklärte, das Urteil zu respektieren, zugleich aber zu überlegen, ob er in Revision gehen werde.

Schlüsselaspekte des Verfahrens

Abelino Chub Caal ist ein Q'eqchí und 33 Jahre alt. Er wurde in Izabal geboren und ist Lehrer. Er studierte an der Universidad Mariano Gálvez und arbeitete als Sozialarbeiter für die Stiftung Guillermo Toriello in Alta Verapaz und Izabal. Er wurde am 4. Februar 2017 in Carchá, Alta Verapaz verhaftet und der Gerichtsbarkeit in Izabal übergeben. Dort beantragte die MP, dass gegen ihn ein Prozess geführt werden solle wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen und bewaffne-

ten Vereinigung, Verschwörung, bewaffneter Landbesetzung und Brandstiftung. Der Richter in Puerto Barrios, Aníbal Arteaga, liess zwei der Anklagen zu und überstellte ihn in das Untersuchungsgefängnis in der Zone 18 der Hauptstadt. Zwei Jahre und zwei Monate später konnten weder die MP noch die beiden Unternehmen Inversiones Cobra, SA und CXI, SA ihre Anschuldigungen belegen. Daher beantragte die MP vor dem Gericht der Yassmin Barrios einen Freispruch für Abelino Chub in Bezug auf zwei Delikte und nur eine Verurteilung wegen der Landbesetzung. Ihre Beweisführung konnte nur in einem Drittel der Anklagepunkte gegen Chub irgendetwas Substantielles vorweisen.

1. Die Anklage

Die MP beschuldigte Abelino Chub, die Bevölkerung dazu angestiftet zu haben, am 7. August 2016 die Finca Plan Grande im Landkreis El Estor zu besetzen, die sich im Besitz der Unternehmens CXI, SA und Inversiones Cobra, S.A. befindet. Er habe zudem das Abbrennen der dortigen Plantage mit Afrikanischen Palmen provoziert.

Die MP erklärte, dass die Bevölkerung zwei Monate später, am 26. Oktober 2016, als knapp 1.600 PolizistInnen auf der Finca erschienen, um für Ordnung zu sorgen, mit gewaltsamem Widerstand (Gewehren) reagiert hat, was „den hohen Grad der Organisation und Gewaltbereitschaft der Gruppe aufgezeigt hat“.

Nach zwei Verhandlungen und 18 ZeugInnenaussagen konnte die MP diese Anschuldigung nicht mehr belegen. „Es gibt keinerlei Beweis, dass Abelino Chub an diesen Aktionen, die zum Brand der Palmen führte, beteiligt war“, sagte der Staatsanwalt in der Verhandlung und forderte den Freispruch für diesen Anklagepunkt. Er forderte zudem, dass er nicht verurteilt werden möge wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, weil dem Gemeindeführer diese nicht nachgewiesen werden konnte. So verblieb der Antrag der Staatsanwaltschaft einer dreijährigen Haftstrafe wegen der Besetzung der Finca Plan Grande, weil Chub selbst zwar sagte, dass er zur Zeit des Geschehens nicht am Ort gewesen sei, es aber einen Zeugen gebe, der ausgesagt habe, dass er ihn während der Besetzung gesehen habe.

Die Unternehmen sehen in Abelino Chub einen Agitator. Carlos Ovalle, Anwalt der Unternehmen, sagte, dass die Unternehmen „bis zu dem Zeitpunkt, als Chub auftauchte“, eine gute Beziehung zur Bevölkerung gehabt hätten.

„Sie übergaben ihnen Parzellen, auf denen sie leben und die sie bebauen konnten, sie haben jeder Familie einen Umweltfilter gegeben und andere Übereinkünfte mit ihnen getroffen. Die Beziehung zur Gemeinde war gut und respektvoll. Die natürlichen Autoritäten wurden anerkannt. Das änderte sich alles, als der Angeklagte auftauchte“.

Die MP und die Unternehmen beharrten darauf, dass Abelino Chub angeleitet hatte, die Finca zu besetzen. Die Verteidigung argumentierte, dass dieses Land bereits seit Jahrzehnten von den Gemeinden bewohnt worden sei und dass also die Landfrage die Ursache dieses Problems sei. Sie versicherte, dass eine Besetzung gar nicht stattgefunden habe, weil die Ländereien historisch gesehen den Q'eqchi'-Gemeinden gehört hätten, und dass gerade die Gemeinde Plan Grande bereits seit mehr als 50 Jahren hier ansässig sei. Die Rolle von Abelino Chub in diesem Konflikt sei der des Mediators, der zwischen den Gemeinden und den Unternehmen vermitteln, zugleich aber die Menschenrechte verteidigen wollte. Schliesslich war er auch Übersetzer vom Q'eqchi' ins Spanische.

Jovita Tzul, die Anwältin des Angeklagten, erklärte, dass Chub ein Vermittler zwischen den Gemeinden sei, um zu garantieren, dass deren Rechte nicht beschädigt werden. „Land für die indigenen Gemeinden (wieder) zu bekommen, war der Antrieb der Gemeinden, ist der Antrieb aktuell und wird es in Zukunft immer sein. Unsere Annahme ist, dass es diese unbewiesene Anschuldigung aufgrund der mangelnden Objektivität bei den Ermittlungen gibt. (...) Sie ist eine ständige Kriminalisierung der kollektiven Aktionen der Gemeinden“, sagte sie während der Verhandlung.

2. Wem gehört die Finca?

Die Unternehmen, die Chub Caal anzeigten, belegen ihren Besitzanspruch auf die Finca mit einem Dokument des Grundbuchamtes. Laut dem Gutachten des Historikers Harald Waxenecker, besass die Gemeinde Plan Grande das Land in den 1970er Jahren, ohne von einer rechtlichen Veränderung des Besitzes erfahren zu haben. Die Unsicherheit für die Gemeinde begann zu wachsen, als die Besitzer kamen und sie vertrieben. In diesem Jahrzehnt schafften sie es – mit Hilfe des Landkreises – dass ihnen ein Stück Land von fünf Manzanas (etwa 3,5 Hektar) zugesprochen wurde.

Der Konflikt hielt bis in die heutige Zeit an und verschärfte sich im Jahr 2014, als das Unternehmen die Finca zerstückelte und die Eigentumstitel den Familien anbot, einen Friedhof bauen wollte und 20 Umweltfilter für die Gemeinde verteilte.

2016 teilte sich die Gemeinde in zwei Gruppen: eine mit 19 Familien, die eine juristisch gesicherte Eigentumsübergabe der ihnen überlassenen Parzellen forderte. Und eine andere Gruppe mit 32 Familien, die der Ansicht war, dass es nicht gerecht sei, auf Ländereien von zwei Cuerdas zu wohnen, aber ohne kultivierbarem Land, und deshalb entschieden, die benachbarten zwei Fincas zu besetzen.

Laut den Dokumenten des Sekretariats für Agrarfragen forderten die Familien im September 2016 einen runden Tisch des Dialogs mit dem Geschäftsführer der Inversiones Cobra, Miguel Ángel Arriaza, um über die Ländereien zu verhandeln. Das Unternehmen erklärte sich einverstanden mit einer juristisch gesicherten Übergabe von 47 Parzellen, aber nur in 18 Fällen wurden diese auch zugunsten der Gemeinde umgesetzt. An den Verhandlungen nahm das Sekretariat für Agrarfragen, das Amt des Gouverneurs des Departments, der Landkreis, das Präsidiale Menschenrechtsbüro und die Stiftung Toriello teil, für die Abelino Chub tätig war.

Die Gemeindeglieder erklärten, dass das Unternehmen seine Verpflichtungen nicht eingehalten habe. In seiner Aussage in der Gerichtsverhandlung sagte Chub Caal, dass ihn der Verbindungsmann des Unternehmens zu den Gemeinden, Manuel García, 2016 aufgesucht habe, um zu einer Lösung des Konfliktes zukommen. Im Juni und Juli hätten sie

sich zweimal getroffen, um einen runden Tisch vorzubereiten. Zu diesem erschienen auch Miguel Ángel Arriaza und andere VertreterInnen des Unternehmens Inversiones Cobra.

„Sie sagten mir, dass sie sich informiert hätten und wüssten, dass ich eine Führungspersönlichkeit in Livingston, El Estor, Panzós und La Tinta gewesen sei (*alles Widerstandsgemeinden, d.Red.*) und ihnen helfen könnte, die Konflikte, die das Unternehmen habe, zu lösen. Sie sagten mir, das einzige, das sie tun können, ist es, in der Gemeinde 1.500 Quetzales (= 170,30 €) an jeden Vorstand und 700 Quetzales pro Person (79,50 €) zu übergeben, weil sie diese nicht auf meiner Finca sehen will. Heute tust du es, wir haben hier einen Wagen und der gehört dir und ab heute bist du unserer Berater, und unabhängig davon arbeitest du weiter für diese Stiftung (Fundación Toriello)“.

Laut Aussage von Chub, bot der Unternehmer ihm Geld für den Kauf von Dünger an und dass er allen im Konfliktgebiet Dünger geben werde. Wenn die Familien von seiner Finca fortgegangen seien, würden sie ihm einen Urlaubsreise mit seiner Familie und ein Apartment in der Hauptstadt anbieten. Der Unternehmensanwalt Carlos Ovalle wies die Aussage zurück, dass sein Klient sich mit dem Gemeindeführer getroffen habe und zeigte Kopie des Reisepasses von Miguel Ángel Alvizurez, um zu beweisen, dass er zu jener Zeit gar nicht in Guatemala gewesen sei. Das Gericht weigerte sich, diese Kopien anzuerkennen, weil die Beweisaufnahme bereits beendet gewesen war.

3. Das geschichtliche Problem

Die Gemeinden, in denen Abelino Chub arbeitete, werden von Ländereien umgeben, die Unternehmen gehören, die im Anbau von Monokulturen aktiv sind. In dem Gerichtsverfahren wurde nicht nur untersucht, ob Abelino Chub am Ort des (gewaltsamen) Geschehens war, sondern ob er die Bevölkerung organisiert hat, um die Delikte zu begehen. Es wurde auch die Eigentumsituation der Länderei nachgeforscht, die Geschichte der Agrarkonflikte in Guatemala, die Kriminalisierung der Gemeindeorganisationen und die Arbeit der juristischen Institutionen in Puerto Barrios und Izabal.

Miguel Ángel Arriaza Migoya, Besitzer von Inversiones Cobra, SA, ist laut den Erkenntnissen des Gutachters Harald Waxenecker Mitglied einer Kernfamilie ist, der 31 GmbHs gehören und die insgesamt 3570,80 Hektar Land in Izabal besitzt. Es handelt sich dabei letzten Endes um ein familienunternehmerisches Konstrukt, das – bezogen auf den historischen Kontext – ein grosser Machtakteur ist, der sich in El Estor, Izabal sehr viel Land angeeignet hat, wenigstens bis zum Ende des Bürgerkrieges 1996“, schreibt der Wissenschaftler in seinem Gutachten. Er führte vor Gericht weiter aus, dass die Q’eqchi’ regelmässig in verschiedenen Perioden von ihrem Land vertrieben worden seien, und dass dieser Vorgang vom Staat gefördert oder angeordnet wurde, also unter einem formal legalen Mantel. „Historisch gesehen haben diese Ländereien den indigenen Völkern gehört. In der Zeit des diktatorischen Präsidenten Estrada Cabrera (1898-1920) wurden die Fincas als Geschenke oder Pfründe an Militäroffiziere übergeben, um das Regime aufrechtzuerhalten. All dies ist eine kontinuierliche Machtdemonstration, die die lokalen Realitäten nicht anerkennt. Das ist bis heute so.“

Diego Vásquez, Wissenschaftler der Universidad Rafael Landívar, erläuterte vor Gericht sein Gutachten über die Geschichte des Volkes der Q’eqchi’ in der Region. Ende des 19. Jahrhunderts habe es eine zweite Rolle der liberalen Enteignungen gegeben, die es vielen AusländerInnen und Ladin@s ermöglichte, sich grosse Ländereien anzueignen. "Das gilt allgemein und für Gebiete der Q’eqchi’ speziell“, sage er.

Ein anderes Gutachten erstellte Ramón Cadena, Präsident der Internationalen Kommission der JuristInnen, worin er darum bat, dass gegen den Richter Anibal Arteaga ermittelt werden sollte, da es Ungereimtheiten gegeben habe, wie er zu seinem Urteil gekommen sei. „Der wahre Grund, warum Abelino vor Gericht gestellt wurde, ist, weil er eine Gefahr für die grossen extraktivistischen Sektoren darstellt“, sagte er.

Carlos Ovalle, Anwalt der Unternehmen, sagte, dass es sich in dem Fall nicht um einen Landkonflikt handele, sondern um eine Landbesetzung, die von Chub Caal angeführt worden sei. Das Problem sei die Abwesenheit des Staates gewesen. Da habe das Unternehmen deren Platz eingenommen. Es sehe in der Finca einen Weg, Arbeitsplätze zu schaffen.

„Ich respektiere die Rechte der Gemeinden sehr und die Form, wie sie sich organisieren. Die traditionellen Autoritäten hatten Schritt für Schritt das Niveau des Respektes in den Gemeinden gesteigert. Ich habe es studiert und verstanden. Wir haben wirklich gute Beziehungen mit den verschiedenen Autoritäten in den umliegenden Gemeinden. Die Finca ist das einzige produktive Agrarunternehmen in El Estor und wir sehen uns als einen Ersatz für staatliches Handeln und hatten niemals Konflikte mit den GemeindevertreterInnen, nur mit diesem Herr“.

Eine Richterin, deren Mann wegen Ermittlungen von CICIG und Aldana in U-Haft sitzt, wird über die Präsidentschaftskandidatur von Thelma Aldana entscheiden

Guatemala, 30. April - William Méndez, Ehemann der stellvertretenden Richterin am Verfassungsgericht, María de los Ángeles Araujo, wird vorgeworfen, dabei geholfen zu haben, die Ermittlungen von CICIG und der Staatsanwaltschaft unter der Führung von Thelma Aldana im Fall „Korruption im Bauwesen“ gestört zu haben.

Die Einschreibung von Thelma Aldana als Präsidentschaftskandidatin hängt von der Entscheidung von fünf VerfassungsrichterInnen ab: Bonerge Amilcar Mejía Orellana, Gloria Patricia Porras Escobar, José Francisco De Mata Vela, Neftaly Aldana Herrera und Dina Josefina Ochoa Escribá. Da es sich aber um ein Revisionsverfahren gegen eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes handelt (Aldana nicht zuzulassen), müssen nach Gesetzeslage auch zwei StellvertreterInnen beteiligt werden, in diesem Fall wurden José Mynor Par Usen und eben María de los Ángeles Araujo Bohr ausgelost. Bei Frau Araujo Bohr besteht allerdings ein Interessenskonflikt. Ihr Mann befindet sich aufgrund der

Beteiligung an einem der wichtigsten Korruptionsfälle, den die CICIG unter Iván Velásquez und die MP unter Thelma Aldana vorangetrieben hatten, in Haft. Eben jene Aldana, die nun Präsidentin werden will.

Ein Anwalt hat Probleme

Im Zuge der Ermittlung im Fall „Korruption im Bauwesen, Phase II“ wurde am 14. August 2018 die Anwaltskanzlei ‘Méndez & Araujo’ durchsucht. Die Kanzlei beschreibt sich auf ihrer Website als “ein Anwaltsunternehmen, dass im Jahre 2019 erneuert worden ist“. Sie gehört William Méndez, der sich den Gerichten stellte, nachdem er beschuldigt wurde, gemeinsam mit zwölf weiteren Personen ein Strafverfahren behindert zu haben. Laut MP und CICIG wird den Inhaftierten vorgeworfen, Bestechungsgelder an eine hochrangige Gruppe, die von dem ex-Verkehrsminister Alejandro Sinibaldi unter der PP-Regierung geleitet wurde, übergeben zu haben, um im Gegenzug Schulden erlassen zu bekommen oder aber neue Staatsaufträge abzubekommen. Es gibt auch Anschuldigungen, dass er versucht habe, die Ermittlungen der Justiz im Fall „Korruption im Bauwesen“ zu behindern. Und zwar laut CICIG und MP dadurch, dass Wiliam Méndez gemeinsam mit Mario Méndez, Arturo Herrera und Gustavo Estrada versucht hätten, die ZeugInnen so zu beeinflussen, dass sie nicht gegen Sinibaldi aussagen. Um dies zu erreichen, haben sie diese in zwei Büros in Zone 9 geladen und Druck auf sie ausgeübt. Der Anwalt Méndez unternahm in einer Anhörung am 19.01.2019 den Versuch, seine U-Haft in einen Hausarrest umzuwandeln, aber die Richterin Erika Aifán hat dies abgelehnt.

Was erwartet Thelma Aldana?

Der Verfassungsgerichtspräsident, Bonerge Amilcar Mejía Orellana, muss die Ordentlichen RichterInnen und die beiden StellvertreterInnen zusammenrufen. Aldana ist momentan nicht als Präsidentschaftskandidatin eingeschrieben. Daher ist im Moment nicht klar, wann sie darüber entschieden werden, ob sie für SEMILLA antreten darf. Aldana braucht dafür mindestens vier der sieben RichterInnenstimmen für ihre Zulassung. Und es sollte getan sein, bevor die Oberste Wahlbehörde TSE die Wahlzettel für die Wahlen am 16. Juni gedruckt hat. Dieser Prozess dauert einen Monat. Wenn nicht vier RichterInnen zustimmen, dann wird sie ausserhalb des Wahlgeschehens sein. (Nómada)

SEMILLA zur Situation

Der Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Partei SEMILLA, Jonathan Menkos, sagte, dass es immer noch einen unangemessenen Stillstand im Prozess der Zulassung von Thelma Aldana zur Präsidentschaftskandidatur gebe. Nach seiner Auffassung hätte die Zeit zwischen dem Einschreibeverfahren bei der TSE und der Entscheidung vor dem Verfassungsgericht nicht mehr als 25 Tage dauern dürfen. Nun seien bereits 52 Tage vergangen, ohne dass Klarheit bestehe. “Wir haben gestern eine Anfrage an den Chef der Mission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gerichtet, wie diese die Arbeit der Institutionen in dem Prozess zur Zulassung unserer Kandidatin einschätzt. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass das Verfassungsgericht in der kommenden Woche den Rechtsstaat wieder herstellen und die Kandidatur zulassen wird“, sagte er. Auf die Frage, wer die Aktivitäten gegen die Einschreibung von Aldana vorantreibe, sagte Menkos, dass dahinter der aktuelle Präsident, Jimmy Morales, stecke, als Teil des Paktes der Korrupten, der eine Präsidentschaft der ehemaligen Generalstaatsanwältin verhindern wolle. Für den kommenden Mittwoch, den 15. Mai, hat das Verfassungsgericht eine Entscheidung über die Berufung der Partei SEMILLA in Bezug auf die Zulassung von Thelma Aldana zur Präsidentschaftswahl angekündigt. (La Hora)

Absurde Justiz: elPeriódico darf nicht mehr über Sandra Torres berichten

Guatemala, 9. Mai – Jemand, der weiss, wie man die Karten in einem Spiel mischt, ist Sandra Torres, die Spitzenfrau der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE). Sie sieht diese Wahl als – vielleicht – letzte Möglichkeit, unter ihrem eigenen Namen das Land zu regieren. Sie tat dies ja bereits für diese Partei unter ihrem Ehegatten, Präsident Álvaro Colom. In diesem Kartenspiel fand sie ein Ass, das stach: Das Gesetz gegen Frauenmorde. Ein Gesetz, das eigentlich dazu dienen soll, Frauen vor machistischer, häuslicher Gewalt zu schützen und die staatliche Schutzmassnahmen für sie zu verbessern. Dieses Gesetz nutzte die in den Umfragen führende Spitzenkandidatin, um mögliche Hindernisse auf dem Weg zur Macht zu räumen. Sie stellte Anzeige und wurde durch dieses Gesetz davor geschützt, dass der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straffreiheit Ermittlungen wegen illegaler Finanzierung des Wahlkampfes im Jahr 2015 durchführen konnte. Nun legte sie mittels desselben Gesetzes nach und erreichte es, dass ein Berufungsgericht ein Urteil aufhob und ihre Forderung unterstützte, dass das Redaktionsteam der Zeitschrift elPeriódico, eine der kritischsten Zeitungen, nicht mehr über die Kandidatin der UNE berichten dürfe. Ein Umstand, den der Eigentümer dieses Mediums, der Journalist José Rubén Zamora, als einen juristischen Irrtum und ein Attentat auf das in der Verfassung verbiefte Recht auf freie Meinungsäusserung und die freie Presse bezeichnete.

In einer Erklärung der Zeitung mutmasste Zamora, dass Torres Einfluss auf den Obersten Gerichtshof (CSJ) habe und daher ihre KritikerInnen und ErmittlerInnen mundtot machen wolle – mit Hilfe eines Gesetzes, das Frauen schützen soll. „Wir haben keinerlei Beziehungen zur Macht. Sie hat dagegen Macht über uns. Sie kontrolliert den CSJ und hat Einfluss auf das Verfassungsgericht (und auf TSE und die Registratur). Sie hat eine enorme Macht, dabei müsste der Rechtsstaat mächtiger als sie sein. Ich verstehe nicht, wie die RichterInnen ihrer Anzeige stattgeben können.“

Es ist nicht das erste Mal, dass elPeriódico in solch einer Situation ist. 2014 nutzte Roxana Baldetti auch das Gesetz gegen Frauenmorde für ihre Zwecke und der Journalist wurde verhaftet. (Nómada)

Die Allianz für Reformen fordert die TSE auf, 17 KandidatInnen auszuschliessen

Guatemala, 9. Mai –Heute Morgen hat die Allianz für Reformen der TSE eine Liste von 17 KandidatInnen zu verschiedenen öffentlichen Ämtern übergeben und aufgefordert, diese aufgrund schwerer Anschuldigungen gegen sie von den Wahlen auszuschliessen.

Auf der Liste befinden sich Felipe Alejos (TODOS), Edna Soto (TODOS, Ehefrau von Roberto Kestner, gegen den ermittelt wird), Julio Ixcamey (UNE), Patricia Sandoval (TODOS), José Ubico (TODOS), German Velásquez (ex-PP, unabhängig, 2016 verurteilt wegen psychischer Gewalt gegen seine Ex-Frau), Dalio José Berreondo (UNE), Oscar Escribá (ex-LIDER, jetzt AC), Estuardo Galdámez (FCN-Nación), Gustavo Medrano (ex-UNE, inzwischen unabhängig), Roberto Arzú (Präsidentenskandidat PODEMOS-Unionista), Juan José Porras (VIVA), Haroldo Quej (UNE), Boris España (ex-PP, jetzt unabhängig, ist schon ausgeschlossen von der Wahl), Mirna Magnolia Figueroa (AC), Erick Salvador Súniga (Bürgermeister von Ayutla, San Marcos, gesucht von der US-Drogenbehörde) und Marco Antonio Orozco (ex-PP, Reformador).

“Wir finden, dass diese 17 Personen nicht an den Wahlen teilnehmen dürfen sollen, weil sie nicht die Anforderungen des Artikels 113 der Verfassung erfüllen. Einige von ihnen sind in dem jüngst, bekannt gewordenen Korruptionsfall verwickelt”, sagte Álvaro Montenegro, Mitglied der Allianz für Reformen. Er führte fort, dass einige dieser KandidatInnen „schwerer Straftaten“ beschuldigt werden, die die Übernahme des Staates durch kriminelle Strukturen nahelegen. “Viele dieser KandidatInnen stehen für eine Kontinuität der Korruption in diesem Land. Deshalb glauben wir, dass die TSE sie ganz genau überprüfen sollte, wie sie es auch bei einigen getan hat, und ihnen die Zulassung zur Wahl entziehen”, betonte er.

Ein weiteres Mitglied, Carmen Rosa de León Escribano, wies darauf hin, dass jene Personen, die auf der Liste der KandidatInnen für öffentliche Ämter stehen, wirklich geeignete Personen sein müssen. “Wir BürgerInnen sind es leid, dass immer dieselben Typen aufgetischt werden, und wir dann wieder und wieder zwischen den weniger schlechten entscheiden müssen, und nicht zwischen den besseren”, unterstrich sie.

Zudem forderte sie eine Reform des Staatswesens, damit sich die Situation im Land verändere. Und das werde nicht mit den immer selben Leuten geschehen. “Wenn wir immer dieselben Typen haben, werden wir immer dieselbe Lage im Land haben. Daher finden wir es unglaublich, dass diese Leute, die hinterfragt werden, gegen die Prozesse in anderen Ländern wegen Drogenhandel laufen, immer wieder dabei sein dürfen. Wir wollen, dass nur rechtschaffene Personen auf den Wahllisten stehen“, erklärte sie.

Der Wahlprozess, so fährt sie fort, müsse ein „freies Spiel“ zwischen der BürgerInnenschaft und den politischen Gruppierungen sein, wo nur die besten eine Chance haben. „Die Tatsache, dass die Politik vor Gerichten abgehandelt werden muss, zeigt uns das ganze Dilemma der Übernahme des Staates, der Präsenz der immer selben Mafiosi in den politischen Parteien und staatlichen Institutionen.“

De León Escribano erkennt an, dass die TSE bereits einige Kandidaturen annulliert habe, aber es habe leider Zeit gekostet bzw. Rückschritte in Prozessen gegeben, sodass es über die 17 Personen auf der Liste noch mehr geben könnte. “Womöglich haben wir noch nicht alle erwischt, aber wir würden uns wünschen, dass es eine Vereinbarung zwischen der TSE und den BürgerInnen gibt, um tatsächlich zu dem Ergebnis zu kommen, welche Personen geeignet ist, an dem Wahlprozess teilzunehmen.” (La Hora, Recherche der Redaktion in Bezug auf die 17 Namen)

Überfall auf PolitikerInnen in San Andrés, Petén: ein Toter, zwei Verletzte

San Andres, 5. Mai – Ein bewaffneter Überfall fand am Sonntag, den 5. Mai in San Andrés Petén statt. Dabei wurde der Kandidat der Partei BIEN, Selvin José De la Cruz, getötet, und der amtierende BürgermeisterMiltón Méndez und sein Pressesprecher, Rocaél Chinchilla, verletzt.

Erste vorläufige Informationen besagen, dass die drei Personen von einem Gottesdienst kamen und sich auf dem Weg befanden, der von der Gemeinde Rey Balantun zur Stadtmitte von San Andrés führt, als sie von schwer bewaffneten Männern in einen Hinterhalt gelockt wurden. Die Männer schossen mehrmals auf die Opfer, die in einem Pickup fuhren. Die Täter flohen anschliessend. An Ort und Stelle starb De la Cruz an seinen schweren Verletzungen an Kopf und Beinen, während der Bürgermeister und sein Pressesprecher Schussverletzungen an verschiedenen Körperteilen aufwiesen. Hilfskräfte brachten sie in kritischem Zustand in ein Krankenhaus, wo ihr Zustand stabilisiert werden konnte.

Méndez, der für die Patriotische Partei (PP) gewählt worden war, hat des Öfteren gesagt, dass er von unbekanntenen Personen Todesdrohungen erhalten habe.

Die Sicherheitskräfte sicherten die Spuren am Tatort, um ihre Ermittlungen zu beginnen.

Tragödie im Petén: Bewaffneter Angriff auf eine Schulfest fordert sechs Tote

La Libertad, 9. Mai – Mindestens sechs Tote und mehrere Verletzte forderte ein bewaffneter Angriff auf ein Schulzentrum in La Libertad, Petén. Das teilt die Polizei (PNC) mit.

Die Tragödie spielte sich im Bildungszentrum für Entwicklung in der Gemeinde La Gloria statt. Bis jetzt ist über das Motiv des Überfalls nichts bekannt. Die Opfer nahmen an einem Fest zum Jahrestag der Gründung des Zentrums teil, als bewaffnete Männer in dem Gelände einfielen und auf die Anwesenden schossen.

Drei Personen starben an Ort und Stelle und drei weitere im Gesundheitszentrum von La Libertad. Von den Opfern konnten bislang nur drei identifiziert werden. Alle Opfer hatten Schussverletzungen von schweren Waffen. Es wurde bestätigt, dass unter den Opfern keine SchülerInnen waren, sondern nur Erwachsene. Ein Kontingent von PolizistInnen der PNC wurde an den Ort beordert, aber bislang gab es keinerlei Festnahmen.

Eine Meuterei auf der Rehabilitationsfarm Pavón forderte sieben Tote und 19 Verletzte

Guatemala, 7. Mai – Sieben tote Insassen und 19 Verletzte forderte am 7. Mai eine erneute Meuterei auf der Rehabilitationsfarm Pavón in Fraijanes.

Die Meuterei begann um 6.20 Uhr, kurz nach Zählung der Insassen. Die Hilfskräfte berichteten, dass sie Anrufe aus der Nachbarschaft erhielten, nach denen Schüsse aus Feuerwaffen auf dem Gefängnisgelände zu hören gewesen seien. Feuerwehrkräfte riefen den Notstand aus. So wie sich die Meuterei entwickelte, wurden 19 verletzte Insassen in die Krankenhäuser gebracht. In den vergangenen 14 Stunden wurde von sieben toten Gefangenen berichtet, von denen die meisten Schusswunden hatten, manche aber auch ein zerschlagenes Gesicht oder Stiche von Macheten.

Bisher wurde nur José Luis Humberto Marquez Marroquín, 25 Jahre alt, der wegen Erpressung und illegalem Waffenbesitz seit 12. Juni 2016 einsass, als Opfer identifiziert. Die Meuterei hatte ihre kritischen Phasen zwischen 6.20 und 12 Uhr. Die PolizistInnen, die vor Ort waren, waren angespannt, weil sie alle halbe Stunde Schüsse aus dem Inneren des Gefängnisses hörten. Während die PNC versuchte, die Kontrolle über das Gefängnis wieder zu erlangen, zeigten die Inhaftierten ihre Macht mit Schüssen und hielten den Verwaltungsbereich für sechs Stunden besetzt. Die Rückübernahme der Kontrolle wurde mit Hilfe von Spezialkräften, ErmittlerInnen und SicherheitsanalystInnen versucht, die zum Gefängnis kamen. In der Umgebung der Anlage wurden ScharfschützInnen postiert, die bereit standen, Inhaftierte bei Bedarf zu beschießen. Die PNC nutzte eine Drohne, um herauszufinden, was auf dem Gelände zwischen den Insassen passierte. Polizeikräften umstellten das Gefängnis. Die Informationen aus den Drohnenkameras wurden in den Polizeistationen analysiert. "Verstecken Sie sich alle unter den Bäumen, bis wir kommen. Haben Sie keine Angst!", rief ein Inspektor der PNC den Insassen zu. Die Sicherheitskräfte erwarteten eine Vereinbarung, um die Situation zu beruhigen, nachdem ihr ursprünglicher Plan, mit Gewalt einzudringen, nicht verwirklicht werden konnte. (Prensa Libre)

Nómada berichtete, dass es sich hier nicht um einen "normalen" Aufruhr gehandelt habe, sondern um einen Mordversuch an einem Häftling namens Byron Humberto Vargas Sosa, der zu 90 Jahren Haft verurteilt wurde. Die Internetzeitung schrieb, dass die Polizei als Hintergrund vermutete, dass eine Gruppe, die sich die "Rebellen" nennen, gegen Vargas Sosa kämpften, dem sie vorwarfen, die Kontrolle über das Gefängnis übernommen zu haben.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6